

# Sächsische Volkszeitung

**Preis** 10 Pfennige. Vierteljährlich frei. Ausgabe A mit illustrierten Seiten 12,75 M. Ausgabe B 11,25 M.  
einfachlich. Postvertrieb.

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

**Abonnement:** Einzelne von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Heftespalte 1,40 M., im Fellameitl 3,50 M., Familienanzeigen 1,80 M. — Gilt unbedingt geänderte, sowie durch den Sprechstelle aufgegebene Anzeigen. Ihnen wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

## Zentrumsjubiläum

Eine Jubiläumsfeier in dieser Zeit? Gewiß, dieser Gedanke mag eigenartig anmuten. Aber beim Jubiläum der Zentrumsfaktion des deutschen Reichstages — über dessen Verlauf bereits auf Grund eines eigenen ausführlichen Druckberichtes in der gestrigen Nummer berichtet wurde — handelt es sich um eine würdige und vor allem den Zeitenverhältnissen entsprechende Feier. Parteien kommen und Parteien gehen. Eine Partei, die sich auf die christliche Weltanschauung stützt, hat Ewigkeitswert und wird und muß sich auf die Dauer durchsetzen. Das war auch der Grundgedanke, der hervorragenden Rede des Parteichefs, Herrn Geheimrat Trimborn. Unzweck ist es für deutsche Verhältnisse ein besonderes Ereignis, wenn eine Partei auf ihr fünfzigjähriges unterbrochenes Bestehen zurückblicken kann. Zuerst trat bekanntlich die preußische Landtagsfaktion der Zentrumspartei ins Leben. Sie konnte daher schon im Dezember vorigen Jahres anlässlich des Preußentages ihr Jubiläum begehen. Da ursprünglich geplant war, den Reichstagtag der Deutschen Zentrumspartei am 19. April abzuhalten, so sollte das Jubiläum der Zentrumsfaktion des Reichstages, die im März 1871 gegründet wurde, aus diesem Anlaß gefeiert werden. Die gegenwärtigen politischen Verhältnisse machen die Abhaltung des Reichstagsfestes unmöglich. Um so mehr hat die Zentrumsfaktion des deutschen Reichstages recht daran getan, jetzt der Gründung der Fraktion vor 50 Jahren zu gedenken.

Für eine solche Feier eignet sich die Wandelhalle des deutschen Reichstages in ganz besonderem Maße. Vor 10 Jahren waren die Vertreter der Deutschen Zentrumspartei im selben Raum versammelt, zur Feier des 40-jährigen Bestehens der Zentrumspartei. Welch ein Wandel der Dinge! Wie viele von den Männern, die damals an der Spitze der Partei standen, Männer wie Hartung, Grüßer, Schröder fehlen heute. Vängt haben sie das Zeitalter gesegnet. Von den Gründern der Zentrumspartei ist keiner mehr da. Einer nur lebt noch, aber er kann nicht erscheinen. Denn still und zurückgezogen verbringt er, der Fürst von Bismarck, in der Klosterzelle der Dominikaner als Pater Mathias seinen Lebensabend. Sein Sohn Fürst Alois ist erschienen.

Als am Sonntag abend um 8 Uhr im Plenarsaal des Reichstages Abg. Geheimrat Trimborn einen Überblick der Geschichte der Deutschen Zentrumspartei gab, und als dann im Laufe des Abends in der Wandelhalle beim schlichten Festmahl all die Führer der Partei das Wort ergriffen, da kam so recht der Wandel der Zeiten zum Ausdruck. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Führers der Preußischen Zentrumspartei Geheimrat Dr. Borsig, der nun auch volle 40 Jahre Parlamentarier ist. Er schilderte, wie er im Jahre 1881 in das Parlament trat, welche Gefühle ihn umfangen, als er zum ersten Male im Fraktionszimmer des Reichstages den Führern der Zentrumspartei, Windthorst, den Geheimratern Reichsverwiger usw. gegenüber stand. Und Geh. Dr. Borsig wies bei dieser Gelegenheit mit alter Entschiedenheit die Vorwürfe, die bis zum heutigen Tage in nationaler Hinsicht gegen das Zentrum erhoben werden, auf Grund seiner 40jährigen Tätigkeit zurück. Er betonte, daß andere vielleicht das Wort national mehr im Mund geführt haben und noch führen, daß aber das Zentrum stets einzig und allein aus bürgerlichem Interesse heraus gehandelt hat. Den Höhepunkt des unvergleichlichen Abends, der Vertreter der Zentrumspartei aus allen Teilen des Deutschen Reiches vereinigte, bildete ohne Zweifel die Rede des Abg. Frau Dransfeld. Tchnisch wie Geheimrat Dr. Borsig schilderte Frau Dransfeld die Gefühle, die sie und ihre Kolleginnen fühlten, als sie vor zwei Jahren in Weimar zum ersten Male in den Kreis der Fraktion traten. Die Gefühle der Verehrung für die Führer der Zentrumspartei für Grüßer, Trimborn, Herold usw. Dann gebaute in glänzender Rede Frau Dransfeld im Hinblick auf die Kreuzwegstationen, die wir jetzt in der auswärtigen Politik zu durchgehen haben, der deutschen Frau, der deutschen Zukunft, des Kindes. Tiefe Ergriffenheit bewirkte sich der Festversammlung. Und ganz spontan erhob sich, als Frau Dransfeld geendet, die Versammlung und sang das Lied der Deutschen.

Der Abend stand naturgemäß unter dem Eindruck der gegenwärtigen politischen Verhältnisse. Er hat die Vertreter der deutschen Stämme, die zum Jubiläum der Fraktion des Zentrums gekommen waren, noch mehr und noch inniger zusammengebracht. In dieser Hinsicht war doppelt bedeutungsvoll das überaus zahlreiche Erscheinen der Reichstagsabgeordneten der bayerischen Volkspartei. Was die Mehrzahl der Mitglieder der bayerischen Volkspartei bewegt, das ließ die Abgeordnete Gerstenberger-Würtzburg, der nun schon mehr als 25 Jahre dem Reichstage angehört, in dem Herzen kommende und zu Herzen gehende Worte. Seinerede eröffnete schöne

Aussichten für die Zukunft. Über diese Teilnahme der Mitglieder der bayerischen Volkspartei hat eine noch viel weiter gehende Bedeutung. Wir wissen nicht, was die nächsten Tage und Wochen uns bringen werden, wohl aber wissen wir, daß uns überaus schweres noch bevorsteht, daß die Einheit des Deutschen Reiches einer außerordentlich schweren Belastungsprobe ausgelegt ist. Die Rede des Abg. Gerstenberger bediente auch ein Gelöbnis der Treue zum Reich.

Nördwärts blickend, vorwärts schauend — unter diesem Beziehend stand die Jubiläumsfeier der Zentrumsfaktion des deutschen Reichstages. Sie hat in einer der schwersten Stunden der deutschen Politik allen Teilnehmern aufs neue zum Bewußtsein gebracht, daß wie in Gegenwart und Zukunft notwendiger denn je, die Christliche Volkspartei, das Zentrum brauchen.

## Aus dem Reichstage

Auch am Montag sah sich die Regierung nicht in der Lage, den Inhalt der deutschen Gesetzesvorschläge zu veröffentlichen und im Reichstage über die eingeleitete Aktion eingehende Erklärungen abzugeben. Der ursprüngliche Plan, daß Dr. Simons dem Reichstage die deutschen Gesetzesvorschläge mitteilen und sie beurteilen sollte, mußte also fallen gelassen werden. Es ist durchaus verständlich, daß man den Gang der Aktion nicht durch eine vorzeitige Veröffentlichung der Gesetzesvorschläge stören will. Es standen also nur noch die beiden Interpellationen, eine des unabhängigen Abg. Averbode, die anderen, die andere des deutschnationalen Abg. Arnsdorf, betreffend die auswärtige Politik, zur Verhandlung. Bevor jedoch das Haus in die Tagesordnung eintritt, nimmt der Präsident des Reichstages, Löbe, die Abstimmung in Tirol zum Anlaß einer warmen Sympathiebekundung für die waderner Tiroler, die ein so glänzendes Organisator für das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl abgelegt haben. Er sendet den Tirolern den Gruß des deutschen Reichstages. Das Haus nimmt seine Erklärungen zum größten Teil stehend entgegen, nur die Herren Unabhängigen und Kommunisten halten es nicht für notwendig, von der treuen Deutschen Gemeinschaft des Landes Adreas Hofers Notiz zu nehmen. Die Interpellation der Unabhängigen begründet der Abg. Dömann. Er hält eine der vier dieser Seite des Hauses so beliebten Standpunkte gegen die kapitalistische Weltwirtschaft, er arbeitet mit Schlagworten und den Plattformen, die den linksradikalen Katalanen eignen sind. Er appelliert an die englische, französische und belgische Arbeiterschaft. Diese Leute werden es nie lernen, daß sie dort drüber unter ihren Arbeitkollegen nur verschleierte Thesen finden. Zur Vermittlung des Präsidenten Hardung hat er kein Vertrauen, denn Hardung sei auch nur ein Vertreter der nationalen und kapitalistischen Herrenklasse, wie überhaupt der Schrift der Regierung nur vom reinsten Goldmus der herrschenden Klasse dictiert sei. Seine Ausführungen werden häufig von erregtem Widerspruch des Hauses unterbrochen. Sie gipfeln in ihrem Hauptabschlußpunkt in einem Loblied auf die internationale Solidarität der Arbeiterschaft. Die Interpellation der Deutsch-nationalen wird vom Abg. Höpfl beantwortet. Er greift die Regierung scharf an und nennt das Ergebnis der sechswöchigen Arbeit des Auswärtigen Amtes eine vollendete Entmündigung Deutschlands, die bedingungslose Kapitulation vor dem Auslande, wie sie besonders durch das Telegramm an Hardung charakterisiert werde. Dies sei ein Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes. Daß der Außenminister auch jetzt noch nicht nähere Auskunft zu geben imstande sei, mich von Nediney bestimmt. Auch die oberösterreichische Fraktion wird vom Abg. Höpfl in die Debatte mit hineingezogen. Er möchte am erfahrenen, was in der oberösterreichischen Fraktion geschehen sei und vornehmlich gegen die Weise eines polnischen Einfallen. Der Außenminister Dr. Simons rechtfertigt in ganz kurzen Ausführungen noch einmal den Standpunkt der Regierung, im gegenwärtigen Augenblick nähere Klarstellungen nicht machen zu können, da dies den mit Amerika getroffenen Vereinbarungen entspreche. Eine Besprechung der Interpellationen fand nicht statt.

## Tirol für Deutschland

Die Volksabstimmung in Deutsch-Tirol hat ein Urteil gegeben, in das alle Einwohner übereinstimmen. Wohl durfte man annehmen, daß die Abstimmung eine große Mehrheit ergeben würde, aber daß sie nahezu einhellige der Unabhängigkeit von Deutschland ergeben hat, das ist doch erstaunlich. Natürlich gewonnen wird die Abstimmung in Deutsch-Tirol und doch allerdings keine Rolle haben. Die Abstimmung bedeutet natürlich nicht den sozialen Anschluß Tirols an Deutschland. Tirol, unter der Herrschaft des Lebensausführers Deutsch-Ostreichs an das Deutsche Reich, obwohl sie ähnlich für die Freiheit der Wölfe und die Selbstbestimmung nicht den Krieg ausführt hat. Österreich arbeitet Tirol direkt im Gegenteil mit allen seinen Kräften daran, den Anschluß Deutsch-Ostreichs an Deutschland zu hinterstellen. Es geht voran, sonst, daß es bis zur österreichischen Reaktion unter Deutschen mit Gewalt an der Abstimmung der Abstimmung hat behindern wollen. Aber alles das hat den Anschlußswillen in Deutsch-Ostreich nicht an erschrecken vermocht. Das hat die Abstimmung in Deutsch-Tirol gezeigt, deren Ergebnis zweifellos angespannt wären, wobei auf die übrigen Länder Deutsch-Ostreichs, die ebenfalls im nächsten Punkt eine Abstimmung vornehmen wollen. Das Ergebnis der Abstimmung wird in der Welt ihrer Eindrücke nicht verschließen. Es wird sich zeigen müssen, ob Frankreich auf die Power der einflussreichen Willenskundgebung Deutsch-Ostreichs zum Trost den Anschluß verhindern kann. Der Volkswille, der in Deutsch-Tirol so kräftig zum Ausdruck gekommen ist, wird sich durch seine Maßnahme auf die Dauer bewähren lassen. Insofern ist die Abstimmung in Deutsch-Tirol von unabhängbarem Wert.

## Das Ergebnis von Hythe

**London, 25. April.** Reuters Sonderberichterstatter in Hythe berichtet: Lloyd George teilte mit, daß die beiden Premierminister weitere Strafmaßnahmen erörtern hätten. Eine Schwierigkeit ist offenbar die gewesen, daß eine neue deutsche Note unterwegs sei. Obgleich keine Einwendungen dagegen erhoben werden konnten, daß diese an Amerika gesandt wurde, schien es doch, daß eine Kopie nicht auch hierher gesandt worden sei. Die letzte deutsche Note sei in dem maß sie sagt, zweifellos aufgestellt, aber sie behandle nur einen Teil der Gelampefrage und betrügt nicht einmal den Rest des Reparationsproblems. Es unterliege anscheinend keinem Zweifel, daß alle Alliierten zur Konferenz am Sonnabend erscheinen würden.

Dem Vernehmen nach sind die Besprechungen in Hythe in feindschaftlichem Geiste geführt worden. Niemand wünscht, daß Ruhrgebiet zu besiegen, aber es besteht kein Zweifel, daß Deutschland in der Erröllung seiner Verbindlichkeiten läufig ist. Es betrifft die Meinung, daß Deutschlands letzte Note nur Änderungen aber keinen Plan enthält. Sie ist indessen noch nicht verworfen worden. England wünscht keine Bedingungen aufzuerlegen, es aber völlig überzeugt, daß Deutschland in der Lage ist, gemäß den Vierter Bedingungen zu zahlen. Vertreter fragt das Ergebnis der Verhandlungen von Hythe folgendermaßen zusammen: 1. Lloyd George habe grundsätzlich zugestimmt, daß die Besiegung des Ruhrgebietes ausgeführt werde, zu seinem Einverständnis zwischen dem Reich und den Verbündeten führen. 2. Lloyd George stimmt ferner zu, daß ohne Vergang die französischen und englischen wirtschaftlichen Sachverständigen zusammentreten, um die wirtschaftlichen Maßnahmen, die von den französischen Sachverständigen ausgearbeitet wurden, zu prüfen. Vertreter sagt: Weder Lloyd George noch seine Mitarbeiter hätten genügend Zeit gehabt, die Fragen zu lösen. Sie hätten also noch ihre volle Handlungsfreiheit. Dieser Punkt sei umso wichtiger, als die Engländer sich Frankreich zu einer militärischen Expedition erst anbieten wollten, wenn die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme ihrem Urteil unterbreitet und in praktischer Weise gelöst wo den seien.

Wie Sauerwein mitteilt, ist von Lloyd George auch die Befreiung Hamburgs vorgeschlagen worden. Man glaubt aber, daß die Beschlagnahme der Hölle für die Seetaktspartei sehr in Zukunft in Betracht käme.

Philippe Millet berichtet dem "Welt-Parisien" aus London, es handle sich bei dem, was gestern in Hythe besprochen wurde, nur um eine bedingungsweise Verhandlung. Das tatsächliche Einverständnis scheint tatsächlich von zwei Bedingungen abzuhängen. 1. daß die neuen deutschen Vorschläge ebensoviel befriedigend sind wie die früheren. 2. daß die von der französischen Regierung gegenüber Deutschland vorgebrachten wirtschaftlichen Maßnahmen einer ersten Prüfung stand halten könnten. Daraus ergibt sich auch der Verdacht, daß von morgen an die alliierten Sachverständigen zusammen zu beraten, damit sie vollen und wenn nötig abändern, was von Frankreich vorgeschlagen wurde, bevor der Oberste Rat am 30. April zusammentritt.

Nach Berichten aus Lyon ist der Protest der englischen Politiker gegen etwaige Zwangsmassnahmen, die gegen Deutschland ergreifen werden sollten, nicht nur von Cecil, Gyllen und Barnes, sondern auch von Henderson, Glynn und noch einigen anderen bekannten Politikern unterschieden. Sowohl der diplomatische Vertreter wie der Sondervertreter-Litter der "Chicago Tribune" in Lyon berichten, daß die Unterredungen in Hythe zu keinen Abschüssen und zu keinen Beschüssen geführt haben. Die Teilnahme der Vereinigten Staaten an den nächsten Sitzungen des Obersten Rates wird in Paris als sicher angesehen und zwar wird als Vertreter nebst dem amerikanischen Botschafter in Paris auch der frühere Vertreter Amerikas in der Reparationskommission vorgenannt. Wie der "Chicago Tribune" aus Washington meldet, wird deutet von Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten über die Resolution Knob im günstigen Sinne berichtet werden. Die Aussprache darüber findet morgen statt.

## Englische Ansichten von der Reparation

**London, 26. April.** Die "Times" schreibt, dem Publikum sei zu berichten gegeben worden, daß das Ergebnis der Verhandlungen von Hythe zweideutig ausgefallen sei. Das idee ne über nicht ganz der Fall zu sein. Es besteht ei e tatsächliche Meinungsverschiedenheit bezüglich der Frage, ob die Aliierten durch die Vierter Reparationssumme gewunden sei u. ob r die Verwendung dieser Summe durch Deutschland die Aliierten, wie man in Frankreich glaubt, berechtigt die viel größeren Forderungen des Friedensvertrages wieder in Kraft zu setzen. — Im diplomatischen Bericht des "Daily Telegraph" heißt es, man frage sich, ob der Vorschlag der wirtschaftlichen oder sozialen Kontrolle des Kriegsgegners & die Kosten der militärischen Besetzung bezahlt machen würde. Lloyd George lege außerdem großen Nachdruck darauf, daß man Rückicht auf die Gefühle der Arbeiter nehmen müsse. Die allgemeine amtliche Meinung rechne mit einem in Tirol bei einer Belebung dieses Gebiets, der sich nach Ansicht der Franzosen jedoch auf das höhere Verhältnis beziehen werde, daß Frankreich bereit sei zu eilegen und auf die Arbeiter, die der mehrheitssozialistischen Partei angehören, die jedoch in dieser Gegend nicht sehr stark sei. Ein solcher Streit würde nach Ansicht der Franzosen die allgemeine Förderung im Ruhrgebiet um nicht mehr als 30 Prozent vermindern. — Das vorngste Problem sei nach dem "Daily Telegraph" die Rückwirkung, die eine Beteiligung der Alliierten auf der Grundlage der Syrer Entscheidung an den Gewinnen der Ruhrindustrie an den Handel der Alliierten ausüben würde. Außerdem sei bereits eine leise Andeutung vonseiten des Atlantischen Ozeans erfolgt, daß dieser Gedanke möglicherweise mehr oder weniger als Erziehung eines Monopols der Alliierten in den Industrien Ruhr und Elbe werden würde, und daß sich dann auf die Elbe der Tiefbau a einem solchen Plan beampfen könnte. Die britische Regierung legt der amerikanischen Regierung und dem guten Willen der Vereinigten Staaten das größte Gewicht bei.

**London, 26. April.** Der "Observer" schreibt: Die Belebung des Ruhrgebietes dürfte den englischen Handel weiter fördern, und die Lösung der Arbeitslosenfrage in England ver-

zönen. Die gesamte Leistungsfähigkeit Deutschlands würde dadurch vermindert werden. Bei den Franzosen geht die Forderung, daß Deutschland das denkbar duursteste zahle. Hand in Hand mit dem Verluste, das deutsche territoriale und wirtschaftliche System immer mehr in Süden zu zerreißen. „Observer“ fordert die Bevölkerung einer Niederschaffung (1) von 7 Tagen nach dem 1. Mai und wünscht, daß Deutschland aufgefordert werde, in drei Tagen sein duurstes Angebot zu machen.

„Outlook“ schreibt: England und die französische Regierung seien Opfer ihrer eigenen Propaganda. Sie hätten die öffentliche Meinung gegen Deutschland aufgeschüttelt und hätten die Schule Voincarts und seine wilben Männer durch lauter Schreie erfüllt. Frankreich habe das stärkste Heer der Welt und könne mit der Ruhe, die in seinem Heer einen Zusammenbruch der Zivilisation föhlich des Rheins vollkommen unterdrücken. Die Zeitdrift fragt, ob es Englands Interesse ist, daß Deutschland ruiniert würde oder etwa Italiens Interesse. In einem anderen Artikel des „Outlook“ heißt es: Alles deutet darauf hin, daß Großbritannien den französischen Wahlen zu stimmen werde. Lloyd George und Lord Curzon würden auf ein Bündnis mit Frankreich losgelauern. Amerika sehe klar, was es sich handele. Die Vereinigten Staaten wollten ihren Außenhandel wieder gewinnen. Sie wählen, daß sie auf dem europäischen Markt nichts erreichen können, wenn Frankreich ohne Mitleid auf die Entwicklung, in die der übrige Teil des Reiches geworfen werde, einen Teil Europas wirtschaftliche Sklaverei aufzulegen wolle. Eine Zustimmung zu einer französischen militärischen Allianz gegen Deutschland könnte unter den augenblicklichen Umständen den Niedergang des englischen Handels nur verschärfen.

#### Arbeiten der Reparationskommission

Paris, 25. April. Die Reparationskommission ist noch mit Schätzungsarbeiten beschäftigt, um am 30. April den Gesamtbetrag der deutschen Reparation festzulegen. Sie beschäftigt sich heute mit folgenden drei Fragen: 1. Feststellung des Wertbaues des Antwortes auf die deutsche Note über die Überführung des Goldbestandes des Reichsbaus ins Reichsamt und über die Verlängerung des Ausfuhrverbotes für Gold. 2. Endgültige Prüfung der noch durchzuführenden Reparationen für die Schädigung der von Deutschland auf Grund des Art. 285 des Friedensvertrages bestrittenen Leistungen. 3. Die durch das Aussehen der deutschen Viehleidungen erforderlichen Maßnahmen.

#### Die Übergabe der deutschen Note

Berlin, 25. April. Die deutsche Note in der Reparationsfrage ist gestern abends dem Vertreter des Herrn Dresel, des amerikanischen Kommissars in Berlin, übergeben worden. Gegen vierzehn Uhr haben Verhandlungen des Reichskanzlers mit den führenden sämtlichen Fraktionen stattgefunden. Um 10 Uhr folgte eine Ausprache mit dem Auskuss des Reichstages.

#### Amerika ist hoffnungsvoll

New York, 25. April. Eine amilie Wiedergabe aus Washington berichtet: Man ist hier sehr hoffnungsvoll, daß die neuen deutschen Vorschläge die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten unter Teilnahme Amerikas gestalten werden.

#### Die deutsche Note im Reichstag

(Eigenes Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Berlin, 25. April. In der heutigen Sitzung des Reichstages wird zunächst Dr. Simons sprechen. Dann soll den Fraktionen Gelegenheit gegeben werden, über die Note zu reden. Es ist also darum zu reden, daß sich das Haus nach der Regierungserklärung vertagt, um in den Fraktionen Stellung neuzunehmen. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß die Note heute mittags gegeben wird.

#### Frankreich will nicht?

(Eigenes Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Paris, 26. April. Nach der „Chicago Tribune“ sind die neuen deutschen Vorschläge für die französische Regierung nicht annehmbar. Durch Vertrauensleute in Berlin und Washington soll am Quai d'Orsay bereits den Charakter der Angebote Dr. Simons erkannt haben. Sie bleiben, so heißt es weiter, hinter den Bedingungen des Abkommenes von Paris zurück, das 226 Milliarden vorsieht, und das Land als unveränderlich angegeben hatte.

#### Unverhüllte Expressum

Paris, 25. April. Die Entschädigungskommission hat an die deutsche Kriegsblätter-Kommission folgende Note gerichtet:

Die Entschädigungskommission hat in ihrer Vollziehung vom 26. April d. J. mit Bedauerung Kenntnis genommen von der Mitteilung der deutschen Regierung vom 22. April d. J. und von der Weisung, den Goldbestand der Reichsbank nach Köln oder Koblenz zu überführen. Sie bedauert, daß die Kriegsblätter-Kommission die Besorgnis nicht verstanden hat, die ihren Brief vom 21. April verurteilt hat. Die Aufforderung, den Goldbestand der Reichsbank in das befreite Gebiet zu überführen, erfüllte, um die Bestimmungen des Vertrags mit den Verbündeten der deutschen Volks in Einklang zu bringen. Ungefehr der Haltung, die die deutsche Regierung in dieser Angelegenheit eingenommen hat, angehängt ihrer Weisung, die im Artikel 235 vorgeordneten Bedingungen zu erfüllen, sieht sich die Entschädigungskommission gezwungen, von der Macht, die ihr der Friedensvertrag zugesprochen hat, Verbrauch zu machen und die Zahlung von 1 Milliarde Goldmark zu fordern, die bis spätestens bis 30. April 1921 an die Kasse der Bank de France erfolgt sein muß. Es ist nicht Sache der Entschädigungskommission, von sich auf das Verhältnis der deutschen Regierung zu der Reichsbank einzugehen, da die Regierung, wenn sie dies will, die nötigen Mittel vorlegt, um die Reichsbank zu veranlassen, der Aufforderung der Entschädigungskommission nachzukommen.

Weg. Louis Dubois, ges. Sir John Bradbury.

#### Was Voucheur haben will?

Paris, 25. April. Minister Voucheur hat gestern in Albert eine Rede gehalten, in der er laut Aussammlung sagte, es blieben noch 80 bis 100 Milliarden zu bezahlen. Die Reparationskommission werde diese Wette die Summe festsetzen, die Deutschland zu bezahlen habe. Man befindet sich am Vorabend einer Maßnahme, die notwendig seien, um den Reichen Frankreichs Richtung zu verschaffen. Frankreich habe 200 Milliarden ausgegeben und 27 Milliarden für die Wiederaufbauung der Kriegsschäden bezahlt. Frankreich habe 7 Milliarden jährlich für die betreuten Gebiete zur Verfügung gestellt. Durch Ratenen müsse man sich außerdem noch 2 bis 3 Milliarden beschaffen, damit ein jährliches Programm von 10 Milliarden ausgeführt werden kann.

#### Die Gegnungen der Reparation

(Eigenes Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Düsseldorf, 25. April. Auf dem rheinischen Arbeitsmarkt machten sich die Vollmaßnahmen schon in der vergangenen Woche bemerkbar. Der Anstieg auf dem Arbeitsmarkt und die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger haben leider zugenommen. Da der Metallindustrie hat sich die Nutzung der Vollmaßnahmen bis jetzt am meisten erkennen lassen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist rückläufig geworden. Während andererseits die Arbeitslosenquote weiter gestiegen ist. Die Stützung der Arbeitslosen, Betriebsausstellungen und Arbeitsentlassungen sind in weitem Umfang eingetreten.

#### Die indischen Schwierigkeiten

(Eigenes Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Basel, 26. April. Aus Kalkutta wird gemeldet, der Bizerding Reading teilte in einem Ansichtstelegramm nach London mit, daß

sich die Lage in Indien verschärft habe. Die engländische Bewegung hat zugenommen. Kalkutta und Bombay stehen unter dem Ausnahmezustand. In den ersten Tagen des Mai wird ein britisches Geschwader nach den indischen Gewässern abgehen.

#### Frieden mit Ungarn

Budapest, 26. April. Das Unterhaus genehmigte heute einstimmig den Friedensvertrag mit Ungarn.

#### Generalstreik in Italien

Wien, 26. April. Der „Morgen“ meldet über Bozen, daß heute die Gewerkschaften in ganz Italien in den Generalstreik einzutreten, denn sich auch die Eisenbahner anschließen werden. Südtirol nimmt ebenfalls daran teil.

#### Die Wahlen in Niederösterreich

Wien, 26. April. Bei den gestrigen Wahlen zum niederösterreichischen Landtag wurden 32 Christlichsoziale, 22 Sozialdemokraten und 6 Großdeutsche gewählt.

#### Ausschreitungen italienischen Nationalisten in Bozen

Innsbruck, 26. April. Die Blätter melden aus Bozen: Aus Anlaß eines Trachtenumzuges, der jeder politischen Absichten entbehrte, drängten sich Nationalisten gewaltsam in den Zug ein. Als die Teilnehmer des Zuges versuchten, die Straßenfriede herabzudringen, waren die Nationalisten mitgebrachte Bomben auf die Teilnehmer und schossen auf sie. Die Teilnehmer am Zug waren vollständig überwältigt und konnten sich nicht wehren, weil sie unbewaffnet waren. Ein Oberlehrer wurde getötet. Der Ungläubige wollte dem tumulte mit seinem Kind durch Flucht entgehen, wurde jedoch durch nachschieende Schüsse getroffen. Militär stellte die Ordnung wieder her. Kein Hass ist bisher verbreitet. Die Nationalisten reisten mit dem nächsten Zug. Sie schossen aus den Eisenbahnwagen noch auf die aus dem Bahnhof befreundlichen Personen und verletzten mehrere von ihnen. Der deutsche Verband für Südtirol richtete eine Petition an den Generalstaatssekretär Creboda, der für die Vorfälle verantwortlich gemacht wird, da er angeblich von der Absicht der Nationalisten wußte. Die Bürgerlichkeit antwortete auf die Gewalttat mit dem Zusatzstand aller öffentlichen Verkehrsanstalten. Nach Wiener Blättermeldungen erlagen drei weitere Personen ihren Verlegerungen.

#### Eine deutsche Kundgebung für Tirol

Berlin, 26. April. An die Landesversammlung in Innsbruck ist folgendes Telegramm perlicht: Erfreut und begeistert von dem glänzenden Ergebnis der gestrigen Volksschlüssigung sendet der Deutsche Reichstag der Landesversammlung in Tirol die treuliche Freude und die Versicherung des herzlosen Gemeinschaftsgefühls. Der Gedanke der Volksgemeinschaft findet in unseren Herzen lebhafte Widerhall. ges. Obé, Präsident des Reichstages.

#### Herausstellung des Friedenszustandes mit Amerika

Paris, 26. April. Havas verbreitet folgende Meldung der Daily Mail aus Washington: Um den Wunsch der Solidarität der Vereinigten Staaten mit den verbündeten Regierungen erneut zum Ausdruck zu bringen, hat die Regierung des Parteiführers des Senats mitgeteilt, sie habe den Wunsch, daß die Abstimmung über die Entlastung des Senators Knobf erst nach dem 1. Mai stattfinde. Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten erarbeitete den Bericht, der sich angemessen der Resolution Knobf über Herstellung des Friedenszustandes mit Deutschland erklärt.

#### Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte

(Eigenes Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Hamburg, 26. April. Gestern machte der auf der deutschen Westsee liegende Hamburg-Amerika-Linie fertiggestellte neue Dampfer Niederrhein eine Probefahrt. Der Dampfer hat 8000 Tonnen Tragfähigkeit und soll am nächsten Sonnabend an die Hamburg-Amerika-Linie abgeliefert werden. Seine Maschine ist eine dreifache Expansion-Hochdampfmaschine, die Kessel sind für Delfzuerung eingerichtet, können jedoch mit Kohlen befeuert werden. Der Dampfer soll im Süd-Amerika-Dienst verwendet werden.

#### Abbau der Kriegsorganisationen

Berlin, 26. April. In der Sitzung des Gesamtausschusses zur Prüfung der Kriegsorganisationen, der sich aus 21 Mitgliedern aller Parteien des Reichstages, 14 Mitgliedern des Reichsrates und 7 Vertretern der Regierung zusammensetzt, berichtete der Vorsitzende Staatssekretär Dr. Hirsch über den Fortschritt des Abdauens der Kriegsorganisationen. Seit Anfang Februar 1921 vermindeste sich das Personal der Kriegsorganisationen um insgesamt 1449 Köpfe. Die Gesamtzahl der noch vorhandenen Angestellten bei den Kriegsorganisationen beläuft sich zurzeit einschließlich der Angestellten bei den Postanstalten auf etwa 8000.

#### Das neue Kabinett Preußens

(Eigenes Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Berlin, 26. April. Der bisherige preußische Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Braun übergab gestern mittags sein Ministerium dem neuen Landwirtschaftsminister Dr. Warmbold. Der neue Minister hündigt an, daß er das Ministerium ohne Rücksicht auf parteiliche Momente leiten werde.

#### Die Sondergerichtsfrage

Berlin, 26. April. Auf persönliche Vorstellungen einer Abordnung mitteldeutscher Arbeitnehmer bat der Reichspräsident Anweisung gegeben, daß die Sondergerichte das Recht des Strafausfalls haben, besonders unter Berücksichtigung der zahlreichen jugendlichen Angeklagten. Ohne die Sondergerichte auszutun erklärte der Reichspräsident der Arbeiterversammlung für unmöglich, da die ordentlichen Gerichte durch laufende Strafachen so stark überlastet seien, daß die Angeklagten monatelang in ihrer Untersuchungshaft auf ihre Urteilsverfügung warten müssten.

#### Neue Kohle?

(Eigenes Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Halle, 26. April. Wie die halleschen Nachrichten aus zweiterhand Quelle erfahren, läßt die preußische Regierung die mitteldeutschen Steinkohlenfelder angedacht in der Gegend von Halle auf ihre Abbauwürdigkeit prüfen. Die Bohrungen werden von der geologischen Anstalt vorgenommen. Es konnte bei den Bohrungen bisher festgestellt werden, daß in der Gegend von Wettin, Döhlau und Brachwitz zusammenhängende Steinkohlenader bestehen. Der Steinkohlenbergbau in der Gegend von Halle wurde vor etwa 100 Jahren eben vollständig aufgegeben. Da aber die technischen Einrichtungen des Steinkohlenbergbaus heute naturgemäß ganz andere sind, als zu jener Zeit, so werden die Untersuchungen der geologischen Landesanstalt die erhofften Resultate ergeben, so daß der Steinkohlenbergbau in der Gegend von Halle sodann wieder aufgenommen werden kann, was nicht nur für das mitteldeutsche Industriegebiet, sondern auch für ganz Deutschland von unschätzbarer Bedeutung wäre.

#### Die deutschen Buchhändler gegen eine Neuordnung der Rechtschreibung

Berlin, 26. April. Privattelegramm. Vom Morgenblatt erhebt die am Sonntag in Leipzig tagende Hauptversammlung des Buchvereins der deutschen Buchhändler in einer Enthaltung eine Einspruch gegen die vom Reichsminister des Innern geplante Neuordnung der Rechtschreibung.

Eine japanische Spende für deutsche Kinder  
(Eigenes Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 26. April. Der Verleger der weitverbreiteten japanischen Tageszeitung in Tokio „Nichi Nichi“ und „Osaka Mainichi“ Herr Moto Yama hat zur Befreiung der Not-deutsch Kinder 800.000 Mark gespendet. Die hochherige Spende wird in Deutschland dankbar empfunden werden und dazu beitragen, die guten Beziehungen, die Deutschland mit Japan vor dem Kriege besaß, wieder herzustellen.

#### kleine Nachrichten

Berlin. Der Geschäftsausbildungsausschuß des Reichstages hat mit allen gegen 4 Stimmen beschlossen, die Immunität des Abg. Erdberger für die Strafverfolgung wegen Einkommenssteuerhinterziehung und Kapitalflucht aufzuheben.

Berlin. Durch die Ratifizierung des russisch-polnischen Friedens ist jetzt laut „Voss. Blg.“ die deutsche Regierung in den Stand gesetzt, die noch in Deutschland befindlichen rund 4500 internierten Russen in ihre Heimat zu entlassen. Der erste Transport verläßt bereits heute abend Stettin.

#### Nachrichten aus Sachsen

— Die dritte Abteilung des Finanzministeriums, der nach dem Übergange der Staatsbahn auf das Reich nur noch die staatliche Hochstraßen- und Wasserbauverwaltung unterstand, ist am 31. März aufgelöst worden und die Geschäfte dieser Abteilung sind von der 2. Abteilung des Finanzministeriums übernommen worden. Die 4. Abteilung führt jetzt die Bezeichnung 8. Abteilung.

— Staatshochschule für Musik. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt über den vom Gesamtministerium in der Sitzung vom 22. April 1921 gefassten Beschuß betreffend die Gründung einer Staatshochschule für Musik und rehende Künste in Dresden folgendes mit: Das Gesamtministerium stimmt dem Plan der Errichtung einer Staatshochschule für Musik und rehende Künste in Dresden im Prinzip zu, ist aber infolge der geringen Rendite des Landes außerstande, neben der Überleitung der entsprechenden Räume im Loschenbergpalais einen Beitrag aus Staatsmitteln zu gewähren. Falls auf dieser Grundlage unter Berücksichtigung der vom Rate der Stadt Dresden und von privaten Seiten in Aussicht gestellten Aufschüsse der Plan verwirklicht werden kann, soll die Hochschule als Staatshochschule vom Staate geführt und insbesondere durch staatliche Prüfungen und staatliche Reiherverwaltung als Staatshochschule gekennzeichnet werden. Zur weiteren Bearbeitung der Angelegenheit wird im Kultusministerium ein Komitee eingesetzt, in dem das Ministerium des Innern und die Stadt Dresden vertreten sein sollen. Hierzu erscheint wie von unterrichteter Seite folgendes. Dieser Beschuß des Gesamtministeriums bedeutet für das Kultusministerium einen bedeutenden Schritt vorwärts. Wenn man auch die gegenwärtige Finanzlage des Landes die Bereitstellung eines Aufschusses aus Staatsmitteln nicht gestattet, so hat doch die Staatsregierung durch diesen Beschuß zu erkennen gegeben, daß sie die schon seit Jahrzehnten erhobene Forderung erfüllen will, der Staat möge, ebenso wie das hinsichtlich älter überlieferte Kunstre, der Wissenschaft, Technik usw. schon seit langem geschieht, auch die Ausbildung der Musiker, Musikkritiker und darstellenden Künstler, wenigstens auf der obersten Stufe, in die Hand nehmen. Aber auch für die Stadt Dresden ist dieser Beschuß des Gesamtministeriums von weittragender prinzipieller Bedeutung. Denn dadurch wird erneut erkannt, daß Dresden als Kunststadt der Mittelpunkt des Landes bleibt und sich, wenn es keine Hochschule richtig eingerichtet, eine führende Stellung auf dem Gebiete der Kunst nicht nur in Sachen, sondern in der Kulturwelt überhaupt erneut muß. Daß alle diese Fragen mit der Weiterentwicklung der Staatskunst eng zusammen hängen, sei nur nebenbei erwähnt. Wie verlautet, haben mit Werken der Stadt Leipzig und des dortigen Konseratoriums bereits Verhandlungen stattgefunden, wonach eine Unterabteilung der Staatshochschule dem dortigen Konseratorium angegliedert werden soll, so daß damit der Wunsch von Leipzig erfüllt wird, die Widerstand dagegen, daß die Staatshochschule in Dresden nicht wirkt, hierdurch zur Befriedigung der Beteiligten keine Bedeutung finden wird.

— Die Herausstellung der Grundsätze. Die Oberverbindungsämter in Sachsen sind vom Arbeitsministerium angewiesen worden, zu berichten, welche Krankenkassen die Herausstellung des Grundlohnes auf 24. bzw. 30. M. noch nicht vorgenommen haben. Die zuständigen Stellen sind beauftragt worden, die mit der Verordnung noch im Rückstand befindlichen Krankenkassen durch die Schlußkammern zu den notwendigen Änderungen zu veranlassen. Die Höhe des Grundlohnes ist von Bedeutung für die harten Kostenleistungen.

— Die Cierpreise sinken weiter, allerdings immer noch nicht in den erwünschten Umfang und vor allen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen nicht gleichmäßig. In Südwürttemberg fällt der Preis noch erheblich über dem in Sachsen üblichen Durchschnittspreise, was sich nicht mit ungünstigeren Produktionsverhältnissen erklären läßt. Durchschnittlich werden Cierpreise von 1,20 M. in Osthessen, von 1,25 M. in Westfalen und 1,45 in Südwürttemberg gefordert. In verschiedenen Orten sind diese Preise bereits bis auf 1 M. heruntergegangen.

— Bützow. Die Handelskammer möchte in ihrer letzten Sitzung den Kommerzienrat Fabrikbesitzer Ernst Körner an Stelle des nach 40jähriger Amtszeit getretenein. Der heimliche Kommerzienrat Paul Würtz einstimmig zum Wahlkreis der Handelskammer Bützow.

— Dittendorf. Bei Chemnitz. Ein Waldbrand brach in dem in der Nähe der Dittendorfer Höhe liegenden Staatsforst, der dem sogen. „Schwarzen Holz“, aus, wobei etwa 2000 Hektar abgebrannt sind.

— Moritzburg. Am Sonnabend nachmittag gegen 2.45 Uhr wurde in der Jägerlaube in Reichen im Heizraum der dort angelegte 62 Jahre alte Wähler Max Becker mit zertümmerter Schädeldecke tot aufgefunden. Nach den Feststellungen der zuständigen Kriminalpolizei lag Raubmord vor. Als der Tod verdächtig wurde, wurde der

# Große Zentrumsversammlung in Dresden

Meidstaatsabgeordneter von Nehbinder über die auswärtige Lage

Berichten den 26. März

Dresden, den 20. April  
Bei einer einindrucksvollen Versammlung hatte die OTIS-  
gruppe Dresden der Sächsischen Zentrumspartei ihre Anhänger in das katholische Gesellenhaus gerufen.  
Es galt, sich von berufenen Männern ein Bild unserer äußereren  
und inneren Lage geben zu lassen, und neue Anregung zum  
unentwegten Weiterarbeiten an der Stärkung und dem Erfolge  
der Partei. Der große Saal des katholischen Gesellenhauses war  
gänzlich voll von einer gespannt lauschenden Menge. An  
Stelle des in letzter Stunde verhinderten Abg. Dr. Hirschel  
war in dankenswerter Weise Herr Reichsanwalt von Schenck  
einer der führenden evangelischen Zentrumsdanhänger,  
eingesprungen. Wir kennen seine knappe prägnante Art  
der Darstellung vom Wahlstaat noch her, mit der er versteht,  
den Kern der Dinge herauszuschnüren und ins richtige Licht zu  
sehen. Der langanhaltende Beifall zeigte ihm denn auch auf  
Genug, daß man die Vorzüglichkeit seiner Aussführungen zu  
würdigen wußte.

Der Vorsitzende der Octogruppe Dresden, Herr Apotheker Tränker, eröffnete die Versammlung und gab seiner Freunde darüber Auskund, daß die Anhänger der Partei so zahlreich erschienen seien. Es sei heute keine Zeit, Feiste zu feiern, wenn man der ernsten Lage des Landes Rechnung trage. Und dennoch müsse er ein Wort sprechen, zumal doch das Rentamt auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken könne.

Die 50 Jahre seien nicht spurlos an der Partei vorüber gegangen. Während dieser Zeit seien dem Zentrum immer heilende entstanden. Schwere Zeiten seien der Partei besonders nach ihrer Gründung bechieden gewesen. Nur das Wort „Kulturtamtam“ brauche er auszusprechen und man könne sehen, welche Kämpfe die Partei gehabt habe. Grundlose Beschimpfungen und Verdächtigungen seien über die Partei ergangen. Wenn man andere Parteien beschimpft habe, habe man sich in oständigen Formen bewegt, aber gegen die Zentrumspartei sei man mit den niedrigsten Mitteln vorgegangen. Man habe Ausdrücke verwendet wie „Ultramontanismus“ und „Dunkelmänner“. Aber jeder Mensch müsse der Zentrumspartei Dank zollen für ihre allgemeinmäßige Tätigkeit, die sich besonders bei der Gesetzgebung geübt habe. Besonders in der Presse, die Bismarcks Interessen vertrat, wurde behauptet, das Zentrum sei reichsfeindlich und bleibe es. Man identifizierte Zentrumspolitik mit Ultramontanismus. Ihre Bositil ging darauf hinaus, das Zentrum als Vaterlandlos zu bezeichnen. Auch zahlreiche prominenten Zentrumslabgeordnete haben immer und immer wieder dargelegt, daß das Zentrum stets zum Fleische gehalten hat. Das Zentrum hat auch hervorragenden Anteil beim Zustandekommen der Reichsfinanzreform. Daß das Zentrum eine rein konfessionelle Partei ist, widerlegt schon Windthorst, wenn er sagt: „Wir haben jeder einzelnen der unseres Partei anzuschließen, denn die Grundsätze der Partei akzeptiert und will.“ Das Zentrum hat auch auf sozialem Gebiete segensreich gewirkt. Unerheblich ist es eingezogen für die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft. Auch Bismarck hat seine Stellung geändert und hat das Zentrum anerkannt.

Wogen Stürme und Wirter über uns hereinbrechen, möglicher Klassenkampf noch so hoch gehen, die Zentrumspartei wird nicht zugrunde gehen. Wir müssen uns verpflichten, unsere Kräfte elendhaftlos der Partei zur Verfügung zu stellen, die immer das Beste für die Allgemeinheit getan hat. Das Zentrum ist in die Regierung eingetreten und hat die schwierigsten Posten übernommen, also es hick nach der Revolution wieder geordnete Verhältnisse herzustellen. Wir wollen alle diese Arbeit der Partei für das Allgemeinwohl hoch einschätzen, und deshalb wollen wir immer zu der Ruhme halten, worauf geschrieben steht: Für Wahrheit, Recht und Freiheit.

Nach den von grossem Beifall begleiteten Worten gedachte der Vorsthende noch mit herzlichen Worten unserer großen Verstorbenen, unserer Kaiserin, die fern der Heimat ihre Augenschließen musste. Zum Auskunde des Klagefühl's und des Trauer erhoben sich die Anwesenden von den Stühlen.

#### **Sierous excretions**

## **Reichstagsabgeordneter von Rehbinder**

Die auswärtige Lage

Es ist nicht leicht, über Angelegenheit der auwärtigen Politik zu sprechen. Es ist sogar für den sehr schwierig, der weigewandt ist und die auwärtige Politik immer eingeschenkt hat. Um so viel schwerer ist es für den, der sich auf das verlassen muss, was Erwachsene gesagt haben. Ich will versuchen, etwas über diese Dinge zu reden, und zwar so, wie ich diese Dinge ansche.

Wenn man unsere heutige Lage betrachten will, muß man einen Blick werfen in die große Welt und darf sich nicht beziehen auf das enge Vaterland. Als der Außenminister Simons von London kam, hat er in Deutschland dadurch große Verwunderung erregt, daß er sagte: Wenn man sich in London befindet, führen die Dinge etwas anders aus, als wenn man sich von anderen Orten betrachtet. In London kann man über die Sache von einem viel größeren Gesichtspunkte aus betrachten. Von der Meisten ist Simons der Vorwurf gemacht worden, als ob er sich den englischen Standpunkt an eignen gemacht hätte. Ich glaube nicht, daß dieser Vorwurf gerecht ist. Simons hat wohl bloß sagen wollen, daß man sich dem Standpunkte derjenigen anpassen müsse, die die Welt beherrschen. Man muß diesen Standpunkt nicht billigen, aber man muß versuchen, ihn zu verstehen.

Die Außenpolitik wird nicht bei uns gemacht, aber auch nicht in Paris. Man kann freilich der Wind sein, der uns am schlimmsten bedrängt (England war es im Kriege), so ist es klar, daß seine Macht nur so weit reicht, wie England und Amerika es wollen. Das in die Krise, gegen aller zu sehen sehr schwer ist, wo selbst die erbärmlichsten Politiker sich nicht im klaren sind: Sind sich Amerika und England einig oder sind sie die größten Feinde, daß ein Krieg in einem oder in einem anderen Land ungemein. Gerade in der äußeren Politik pflegt man das Gegenteil von dem zu sagen, was man denkt und faßt man die Wahrheit, so hofft man, daß das Volk das überzeugt glaubt. Es gibt Menschen, die glauben, England und Amerika seien die größten Männer. Gleichwohl wegen der Vereinigung der amerikanischen Allote sollte den Russen in der feindseligen Stimmung gegeben haben. Wenn wir uns hier machen, wie England sich zu Frankreich verhält, ist es fast sicherlich ein Entschluß zu unserem Ungunsten eingetreten. Deutlich als im letzten Jahre wir im Kubagebiet gezwungen waren, mit militärischen Machtmitteln einzutreten, so war es die Meinung Frankreichs, auch in das Kubagebiet einzudringen, die gerade bei England auf den größten Widerstand stieß. Heute wäre es die Frage, ob England mit derselben Energie Einschreitungen würde. Es kann sein, daß Schwierigkeiten es davon abhalten

liegt, um sich eine Rückendeckung in Frankreich zu schaffen bei einem etwaigen Konflikt zwischen England und Amerika. Wenn England und Amerika einen Konflikt auszufechten hatten (die Engländer betrachten die auswärtige Politik nicht nur auf Jahre sondern auf Jahrzehnte im voraus), so ist es klar, daß es nun die Sympathien Frankreichs zu erwerben sucht. Auch in Amerika sucht man sich mit Frankreich auf freundschaftlichen Fuß zu stellen. Frankreich wird sich eines Tages gewünschen sehen, für England oder Amerika sich zu entscheiden. Der andere Staat für den sich Frankreich nicht entscheidet, wird Interesse haben an einer Verbindung mit Deutschland. Wie müssen aber sehr vorsichtig sein. Wir können darauf nicht unsere zulässige Politik bauen. Wir werden natürlich die uns günstige Situation auszunützen versuchen, wir dürfen aber nicht unsere Hoffnung darauf setzen. Wir wissen nicht noch einmal, ob sich Frankreich entscheiden werden muss, da doch der Konflikt sehr zweifelhaft ist. Zweifellos gibt es in Amerika mächtige kapitalistische Kräfte, die angehängt fühlen. Es ist sehr leicht möglich, daß die kapitalistischen Gruppen mit aller Macht darauf hin arbeiten werden, daß ein Konflikt zwischen beiden Ländern vermieden werden wird. Bei diesen Gruppen herrscht eine ausgesprochene Stimmung gegen uns. Was soll es dann für einen Sinn haben, daß in Amerika für einen Krieg gegen England gerüstet wird? Dieser Krieg würde nach vieler Meinung nur einen Krieg der angloamerikanischen Länder gegen die asiatischen Länder werden. Man darf als Feind Amerikas nicht allein Japan ansehen. Es könnte ja auch China sich anschließen und Japan könnte sich noch verbünden mit allen Englands feindlichen Gruppen, so mit den Ländern und dem Kaiserreich Russland. Es ist merkwürdig, wie sich der Bolschewismus in Rußland gehalten hat, der Bolschewismus, der doch keine Freiheit, sondern Knechtshaft bedeutet. Nur ein asiatisch deutendes Volk läßt sich derartig gefallen. So berühren sich Bolschewismus und Nationalismus.

Es gibt Kreise, die fürchten, daß im Kampfe zwischen Westmächten und Asiatentum sich Deutschland auf die Seite Russens stellen könnte. Es ist dies eine Gefahr, vor der man sich in Frankreich fürchtet. Wir dürfen nicht vergessen, daß wie dem letzten Kriege Frankreich bis zu den Händen des Krieges gebracht haben, so daß ihre Angst doch im gewissen Sinne berechtigt ist. Diese Angst ist getragen von der Kürbi, bei einer Kampfe gegen die Westmächte, Deutschlands Revanchegedanke wieder hineinprägen zu lassen. Wir werden zugeben müssen, daß in unserem Lande viele Leute sind, die den Gedanken des asiatischen Auskurses sehr nahe liegen: Die Kommunistische Sie sehen zwar im Anschluß an Russland nur den Kampf zwischen Proletariat und Kapitalismus. Es gibt auch viele Leute, die darauf hineinfallen. Es wäre dies aber kein Kampf zwischen Proletariat und Kapitalismus, sondern ein Kampf zwischen Ost und West. Wenn auch das Treiben dieser Menschen verworren ist, so sind es doch Teile unseres Volkes. Der Potschewlitzmus besteht keine Freiheit, sondern Despotismus. Das haben auch in unserem Volle schon viele begriffen. Es wäre nicht so schwierig mit Deutschland bestellt, wenn unser Feinde nicht die Extreme so fürchten, nicht nur von links, sondern auch von rechts. Es ist der Ausdruck gebildet worden: Rechtspanschütteln. Es widerstrebt mir, diesen Ausdruck zu gebrauchen, weil ich keinen gelernt habe, daß diese Leute an reiner Vaterlandsliebe gehandelt haben, aber es wird zweifellos auch unter ihnen Menschen geben, die mit dem Gedanken abspielen haben, daß man mit den Ostmächten sich verbinden müßt. Vielleicht haben einzelnen, daß das unmöglich ist. Aber jedenfalls klar, daß in diesen Kreisen der Gedanke, eine Revanchepolitik der größten Macht einzuführen, sich niemandem verdenken, die eine Revanchepolitik vertreten. Es gibt aber nicht eine Revanchepolitik für notwendig zu halten, wenn man nichts, wie man sie ausführen soll. Wenn man das nicht weiß, soll man aber aus sich weiter diese Politik verschaffen. In England wird man nie verstehen, wie man für einen Gedenktag Propaganda macht, von dem man nicht weiß, wie er verwirklicht ist. Das eine ist klar, wenn das deutsche Volk ja an einem Kampfe zwischen Ost und West beteiligen sollte, dann würde Deutschland der Boden sein, wo der Kampf ausgetragen würde und wir hätten am meisten darunter zu leiden. Es gibt deutschnationale Kreise, die hoffen, daß der Potschewlitzmus Russland abgewirkt hat und daß man sich dann mit Russland verbinden könnte. Wenn sich das verwirklichen sollte, könnten wir auch nicht mit Russland zusammen gehen, wenn England und Amerika einig sein sollten. Sollte dies der Fall sein, dann kann es für uns nur die eine Politik geben, daß wir sind in dem, wie nicht gewollt sind, uns auf die Seite der Alliierten stellen; das möchten wir tunnen und immer wieder zum Ausdruck bringen. Frankreich zu überzeugen, ist eine aussichtlose Aufgabe. Unsere Aufgabe kann es nur sein, England und Amerika das beizubringen. Dazu müssen wir beitreten, daß Frankreich seiner Willen durchsetzt, dessen Ziel es ist, Deutschland zu seinen kleinen Nationen zu verhindern. Dieses Ziel ist Frankreichs Hauptanliegen und dem müssen wir entgegenarbeiten durch Einheit und innere Geschlossenheit.

„Wenn wir fest und unbeweglich den Willen dazu hätten, wäre uns der Grundgedanke aller Stärke gegeben. Der Glanz an unsere Unbeweglichkeit wird uns Erfolge bringen.“ Die Worte hört man aus vieler Mund. Ich bin nicht der Ansicht, dass uns dann nichts geschehen könnte. Tats. wir weichlos sind sicher sind wir uns wohl alle einig. Aber auf wen sollen wir Eindruck machen? Es entscheidet über diese Frage nicht die moralische Erfolge, sondern, was die mächtigsten Kreise der Welt bestimmen. Wie unsere Zukunft sich entfalten hängt ab vom England und Amerika. Wer darf nicht handeln, was können uns beiden Länden die Schäden tun, lasst sie doch kommen. Das ist ein schlechtes Werk, denn es ist klar, dass es uns dadurch keine Verbesserung zu erwarten ist. Es ist ein verhängnisvoller Zustand, wenn man glaubt, sie würden sich in Ruinen schlagen, wenn sie weitere Gebiete besetzen. Es kommt nur darauf an, ob England und Amerika Frankreich den weiteren Einwirkungen gestatten. Dann können unsere Freunde unserer Freiheitshelden nicht etliche Völker wie sie wollen. Sollten Spanien und Portugal, um sie für sich zu gewinnen und ob die Deutschen dagegen stehen? Frankreich widerstreiten, so fraglich. Es ist ja eine politische Sache, die nicht auf das Unregelmäßige bezieht. Nein, diese Männer gehen zu weit. Es ist auch kein Zweck, es zu verbieten, es ist das Tode der Freiheit zu werden. Es ist das eine Sache, vor die wir vorsichtig gestellt sein werden. Wie könnten diese Vergewaltigung nicht für die Dauer einer Jahrzehnte dauern.

niest mir die Tiere unter und ließen.

Deine immer deinet nicht Freiheit, so daß das Du sie noch braucht und sie sie will — für den Tag, wenn du einsetzen wirst. Freiheit hat mir einen Sinn, wenn ich sie zu einem bestimmten Zweck — die Freiheit nicht. Wenn mir Freiheit eine Freiheit anstrengt, ohne mich zu föhlen bis zu nächsten Stunde, so kann man unmöglich überzeugen, wenn wir ihnen kein Vertrauen entziehen bringen. Wir müssen allein tun, um die Besitzerschaft auszutilgen, wenn sie noch verhindern ist. Das steht aber doch nicht anders, wie es zu verbrechen, in dem, was in unseren Freiheiten steht. Ob die Bedingungen erfüllbar sind, ob sie nicht mehr eingesetzt werden können, das heißt das bestimmt nicht den wichtigen, artikulierten Punkt, auf dem darum müssen wir den Wert

Wir müssen vorsichtig sein mit Versprechungen. Wenn wir unsere guten Wälder zeigen, zu erfüllen, was zu erfüllen ist, dann können wir doch hoffen, wenn wir mit reitem Gewissen dastehen, und daß bei unseren Feinden Einsicht vorhanden ist. Wie sind in einer so ernsten Lage, daß wir uns an diesen Schimmer von Hoffnung flammern müssen. Wir dürfen nicht vergessen, daß doch nicht alle Prophezeiungen eingetroffen sind, die uns angekündigt worden sind. Wir wollen nicht leichtfertig sein, aber wir wollen uns auch nicht die Hoffnung rauben lassen, daß uns manche Verpflichtung erlassen wird. Die Engländer und Amerikaner sind praktische Leute, und wenn diskutable Vorschläge gemacht werden, werden sie Einsehen haben. Die Wehrheit unseres Volkes wird auch auf dem Standpunkte stehen, alles zu tun, was möglich ist, um einer weiteren Vergewaltigung vorzubeugen.

Welcher Sturm von Verdächtigungen wäre wohl über unsere Partei hereingebrochen, wenn wir als einzige Partei für die Unterzeichnung der Londoner Bedingungen eingetreten wären. Es wäre hingestellt worden, als ob wir in leichtfertiger Weise gehandelt hätten. Es werden viele eingesehen haben, daß es nicht nur eine Drohung unserer Feinde gewesen ist. Wir müssen durch die Tat unseres guten Willen zeigen. Wenn wir das tun, was in unserem Kräften steht, verschlechtern wir zum mindestens unsere wirtschaftliche Lage nicht. Wenn gelöst wird wie wollen nicht unsere Kinder und Kindeskinder leiden lassen so möchte ich erwidern, daß durch neue Vergewaltigungen ihnen noch Schlimmeres widerfahren würde. Die Frage, ob die Anerkennungen gerecht sind oder nicht, kann keine Rolle spielen. Tah es eine Unrechtsfreiheit ist, denen sind wir alle überzeugt und wenn auch die Hoffnungen der Unrechtsfreiheit herangetragen werden.

menn uns die Erklärung der Gerechtigkeit herausgepreßt wurde.

Ob es richtig war, sich an Amerika zu wenden, das kaum niemand, außer denen, die es getan haben, beurteilen. Es ist am besten, sich diesbezüglich jeder Kritik je zu enthalten. Wollte man die Politik öffentlich machen, wie es die parlamentarische Gesetzesgebung verlangt, würde man nichts erreichen. Man darf nicht erst beraten, sondern muss mit Tatsachen kommen. Einzige ist erforderlich für eine geistige auswärtige Politik: eine einheitliche Linie muss verfolgt werden. Das ist in einem parlamentarischen Staate sehr schwer. Die englische Politik ist so erfolgreich gewesen, weil die Parteien rechts und links in den Fragen der auswärtigen Politik immer einig gewesen sind. Bei uns ist das leider nicht der Fall. Eine zielbewußte auswärtige Politik werden wir nur dann haben, wenn wir eine große, starke Mitte haben werden, eine Mitte, so groß und stark, daß sie unbeeinträchtigt von rechts und links ihre Ziele verfolgen kann. Das ist ein Grund anzusehen für meinen Vortritt zur Zentrumspartei, weil ich die Stärkung einer großen Mittelpartei für die Rettung unseres Vaterlandes halte. Ich habe mich gefreut, daß der Vorsitzende unserer Sozialen Freiheitlichen, der Kaiserin Anna von Victoria gedacht hat: Wer die Verdrängung in Potsdam gefeiert hat, kommt empfunden, daß i. d. Gefüße im Palte verherrlichen, die wir andererseits nicht herüber gerettet haben.

Meldung aber kann uns nur eine starke Partei der Mitte bringen, einer Mitte, die unbeschert des Standes und der kleinen alle in sich schlägt und das ist das Zentrum. Die Verhältnisse der inneren Reichsversöhnung sind sehr schwierige. Auch auf Preußen haben sich die Schwierigkeiten übertragen. Es ist erstaunlich, daß ein Mann wie Stegerwald zum Ministerpräsidenten ernannt worden ist. Ministerpräsident Stegerwald ist derjenige, der sich das Reale gestellt hat, die Zentrumspartei zu einer Partei zu erhalten, wo alle Stände sich zusammenfinden. Die Kampfansage an die Sozialdemokratie bedeutet niemals eine Aussage des Kampfes an die Arbeiterschaft. Ein Mann, der sein ganzes Leben für die Arbeiterschaft gearbeitet hat, sieht sich an die Krise der preußischen Regierung. Und und aus lebhaften Verhältnissen zu retten, ist einzig und allein die Partei der Mitte zu retten, die Partei, die die nationalen sozialen und politischen Interessen voll und ganz vertritt; unsere Generationsteil.

**Pfeilspielet**  
Begründeter, nicht erkennbarer Pfeilspiegelte den Rücken für seine unverzichtbare, von sicherer Zuverlässigkeit und Sicherheit geprägten Ausführungen.

*Sternus capivittatus* Gmel.

### **Abgeordneter Sektor**

das Wort zu folgenden Ausführungen:

Ich möchte meinem Vorredner den herzlichsten Dank ausdrücken über seine Ausführungen, die von dem außerordentlich Ernst getragen waren, aber der gegenwärtigen Lage voll und ganz angepasst sind. Es sei mir erlaubt, ein Wort zu sagen zu der Lage in Sachsen. Die Lage wird erschwert durch die schlechende Konsistenz, die seit dem Kommunistenaufstand in Mitteldeutschland, also seit Ostern auch bei uns besteht. Wir haben eine Regierung in Sachsen, die nicht leben kann und die nicht leben will, die sich anscheinend von Friedenszeitungen her mit Friedenskleim bester Qualität versehen hat. Wir haben eine Regierung in Sachsen, die in diesen Tagen in Interessanter Weise vom „Vorwärts“ als das erste unfehlbare Sozialistische Vollwerk in Deutschland bezeichnet worden ist. Eine Regierung, die sich stützt auf neuen Kommunisten aus Männer oder Junglinge, die zum Teil aktiv bei den Kommunistaufständen beteiligt waren. Sie haben einen neuen kommunistischen Abgeordneten, Leopold Schneidler aus Schwarzenberg, der bei der Kommunistenfrage an Ostern das Elektrogratwurf von Schwarzenberg in höchst eindruckiger Weise geprägt und seine Parteifreunde darüber ausgeführt hat.

Doch angesichts dessen sich um endlich sämtliche bürgerlichen Parteien zusammen geschlossen ist eines der wenigen erfreulichen Zeichen im unsern Tagen. Ich hätte nur gewünscht, daß dieser Zusammenschluß, wie er am vergangenen Dienstag sich vollzogen hat, schon am 7. April bei der ersten Abstimmung sich vollzogen hätte. Die Regierung möglicherweise an ihre Sessel flattern wie sie will, aber das ist meine Überzeugung, eine Regierung, die wenn ihr ein Mitleidetunghabend droht, jederzeit mit ihrer Weisheit das Hafenvanier ergreift und aus dem Saale hinausdrückt, kann sich auf die Deine auch hier bei uns in Sachsen nicht halten. Es ist nun schwer zu sagen, was in den nächsten Wochen und Monaten geschehen wird und ob etwas geschehen wird. Daß das Ansehen des sächsischen Parlaments seit dem 7. Dezember vorigen Jahre noch mehr gesunken ist in der Löffentlichkeit, darüber kann natürlich Zweifel bestehen. Jedermann aber weißt, wir das zunehmend befürchten, daß ansetzt der gegenwärtigen außenpolitischen Lage und, aussichtslos der Linie, die uns vielleicht in der nächsten Zeit bevorziehen, weniger denn je die Regierung als die Vertretung des sächsischen Volkes in freier Meinung aufgefordert werden kann. Daß dann daher die Mitteilung offenkundig machen, daß keine Interaktion der bürgerlichen Parteien darüber vollständig fest besteht, daß zur Linie, die am Dienstag durch die gemeinsame Erklärung befehlten worden ist, kein weiteres Schritte wird. Ich glaube, dazu kommen müßten, daß wenn die Bündnisparteien mit den Sozialdemokraten eine erträgliche Einigkeit nicht schließen können, die bürgerlichen Parteien dazu überreden müssen, jetzt ihrerseits noch einen Schritt weiter zu gehen, und zwar so weit, daß die

Reiterung gewonnen wird, zu Kapitulieren. Jedoch kam hierauf auf den nächsten Schlußfall im Eberbach zu sprechen und teilte der Verhandlung mit, daß es hießt am Sonnabend eine diesbezügliche Anfrage an die sächsische Regierung gerichtet habe. Eine Negati-



## Das 50jährige Jubiläum der Zentrumsfaktionen

Anlässlich des Jubiläumsfeier des Deutschen Zentrums im Reichstag am Sonntag den 24. April, über die wir hier schon berichtet haben, hat Reichstagsabg. Geheimrat Trimborn folgende Redere gehalten:

Wenn wir heute den Tag des 50jährigen Bestehens der Faktionen des Zentrums im deutschen Reichstag feiern, so dürfen wir uns bewußt sein, daß wir damit einen Tag begehen, welcher ebenso selten ist im politischen Leben wie bedeutungsvoll für uns selbst. Was ist in dem vergangenen hundert Jahren nicht alles geschehen! Was ist vor allem in den letzten sieben Jahren geschehen! Und die Zentrumsfaktion des Reichstages sieht ebenso wie die des Reichstages noch fest und unerschüttert, noch immer bereit und hochmuthig gewußt, weiter zu arbeiten an den hohen Aufgaben, für welche sie gegründet worden sind. Es ist zunächst ein Dank zum Throne des Allmächtigen, welcher sich aus unserem Herzen erträgt, weil er uns in Gnaden diesen Tag geschenkt hat.

Fest und unerschütterlich haben die Faktionen gelämpft für die hohen Prinzipien, welche sie auf ihre Fahne geschrieben hatten. Mit Stolz dürfen wir daraus hervorheben, daß keine andere deutsche Partei das hundert Jahrhundert hindurch eine so gradlinige unbefleckte Entwicklung genommen hat, wie die Deutsche Zentrumspartei. Wie blicken zurück auf eine reiche Erfahrung und Entwicklung. Aber die Grundlagen, auf denen die Partei errichtet worden ist, sind noch dieselben, sind fest und unverändert geblieben, und werden sich für die Zukunft als ebenso tragfähig erweisen, wie sie es in der Vergangenheit gewesen sind.

Ich begrüße von Herzen alle die alten und jungen Freunde, welche sich zu diesem Tage hier feierlich versammelt haben, um aus der Erinnerung an alles, was hinter uns liegt, neue Kraft zu schöpfen für die überaus schweren Aufgaben der Gegenwart und Zukunft. Ich gedenke derjenigen, welche vor 50 Jahren die Gründung der Faktion vollzogen haben, in einer Zeit, die in ihrer Art gewiß himmelweit verfehlten war von derjenigen, welche sich wie heute durchschauten, die aber auch für sie erntet und sättert war und später unerbittliche Aufgaben zu bieten schien, ganz wie die heutige. Und diese Männer erfreut haben, ist erfreut. So bleibt uns die Hoffnung, daß es auch uns gelingt, die große Aufgabe unserer Zeit zu bewältigen, wenn wir mit dem Gleichen bleiben, den die Gründer unserer Faktion uns überließen haben.

Neben alle von Ihnen sind jetzt zu den Vätern gesammelt und geheten in einem besseren Zeitalter des Lohn für ihr ideales Werk. Die Brüder Heidenberger, die Wallrodt, Samow und Schorlemer, vor allem unser großer Führer Ludwig Windhorst, dessen W. Stereotyp wir vor kurzem erlebt haben, auch so viele, welche nach Ihnen die Faktion gestaltet haben, die Krankenstein, Palleskem-Dompesch und Görber, die Heermann und Freihen, die Hennicke, Cramer, Sieber, Schilder, Müller-Gulda und wie sie alle heißen.

Ich grüße den einzigen aus der Zeit der Gründung heute noch lebenden, den Rücken zu Löwenstein, jetzt Vater Maynardus.

Ich begrüße die alten Veteranen, welche seit Dezennien den Faktionen ihre beste Kraft geprägt haben, und uns allen Vätern sind für treues Wirken und tapferes Streben, an ihrer Spitze unser Span, unser lieber Pösch, Häge und Hörolz.

Ich begrüße endlich diejenigen Männer aus unserer Mitte, welche zurzeit in Vertretung der Faktion als Reichsminister oder preußischer Minister an der Führung der Staatsgeschäfte beteiligt sind, an der Spitze den Herrn Reichskanzler Schenck, dann die Herren Giesberts, Braun, Steigerwald und Hermes. Als wir vor zehn Jahren das 40jährige Jubiläum der Gründung der Faktion begingen, war Freiheit von Herrling, der damalige Führer der Reichstagsfaktion, im Bürgerlichen Leben Professor und Gelehrter, und niemand dachte noch daran, daß er banischer Ministerpräsident und deutscher Reichskanzler werden könnte. Unser Schenck war damals einfacher Rechtsanwalt und heute steht er unter uns als Reichskanzler. Für die damalige Zeit galt noch nicht eine Freiheit von Hennicke gesagt hatte: „Als Vorwahn wollen Sie uns wohl benennen, aber Sie wollen uns nicht auf den Tod lassen.“ Heute ist unsere Partei eingründet in der Linie der vollen Gleichberechtigung. Wie sie niemals eine Blüte von sich gewiesen hat, so kann ihr fortan kein Recht mehr vorenthalten werden, welches ihr nach ihrer parlamentarischen Bedeutung zukommt.

Das ist eine gewaltige Wandlung zum Besten und ferne sei es von uns, sie zu verfeinern. Aber noch ärgerlich ist die Vernehrung der Pflicht, welche damit auf unsere Schultern gelegt ist. Die Vermehrung der Pflicht gegen Volk und Vaterland und gegenüber der ganzen Weltgesellschaft. Wie feiern unser Jubiläum in einer Zeit, wie das deutsche Volk sie so schwer und so hart noch niemals durchlebt hat. Gewiß ist die Geschichte unseres Volkes reich an großen Rückschlägen, welche Kultur und Wohlstand belasteten und niederschlugen; aber so schwer wie der jetzige Rückschlag ist noch keiner gewesen.

Aber — was war das? — Er hielt an dem Winde zwischen beiden Deichen; wo waren die Leute, die er hierher gestellt, die hier die Wacht zu halten hatten? — Er blieb nach Norden den alten Deich hinauf; denn auch dorthin hatte er einzelne beordnet. Weder hier noch dort verunreinigte er einen Menschen zu erblinden; er ritt ein Stück hinunter, aber er blieb allein; nur das Wehen des Sturmes und das Brausen des Meeres bis aus unermehrlicher Ferne schlug bedrohend an sein Ohr. Er wandte das Pferd zurück; er kam wieder zu den verlassenen Eile und sah seine Augen längs der Linie des neuen Deiches gleiten; er ersannte deutlich hinaus, wohin gewaltsam rollten hier die Wellen heran; fahre schon es, als wäre dort ein anderes Wasser. „Der soll schon stehen!“ riefte er, und wie ein Lachen fiel es ihm heraus.

Aber das Lachen verding ihm, als seine Pflicht weiter an der Linie seines Deiches entlang glitten; an der Nordwestseite — was war das dort? Ein dunkler Haufen wimmelte durchwander, er sah, wie es sich einige schwere und drückige — kein Deich, es waren Menschen! Was wollten, was arbeiteten die jetzt an seinem Deiche? — Und schon lagen seine Spuren dem Schimmel in den Weichen und das Tier flog mit ihm dahin; der Sturm kam von der Westseite, mitunter drängten die Eben so gewaltig, daß sie fast vom Deiche in den neuen Raum hinabschleuderten; aber Alles und Jeder wußten, wo sie ritten. Schon gewohnte Haufe, doch wohl ein paar Dutzend Menschen zu eifriger Arbeit dort beschäftigen seien, und schon sah er deutlich, daß eine Linie durch den neuen Deich negranen war. Gewaltig stießte er sein Pferd: „Halt!“ riefte er; „halt! Was treibt ihr hier für Deichbauung?“

Die hatten im Schred die Spaten ruhen lassen, als sie auf einmal den Deichgraben unter sich gewahrt; seine Worte hatte der Sturm ihnen zugelaufen, und er sah wohl, daß mehrere von den Antworteten freuten, aber er gewahrte nur ihre heftigen Ge-

Aus tausend Wunden blutend liegt unser Volk am Boden. Der Willkür übermächtiger Sieger ausgeliefert, sind wir nicht mehr die Herren unseres Reichslands. Rings um uns herum ist so vieles, was uns lieb war, gestürzt, zerstört, zertrümmert und trostlos. Es ist gewiß keine Zeit, um rauschende Feste zu feiern, aber sollten wir deshalb auch das Vergängnis unseres Jubiläums unterlassen? Da sage ich: nein! Nur aus unserer Vergangenheit können wir die Kraft schöpfen, um unser Volk einem Emporarbeiten, einem neuen Aufstieg entgegenzuführen. Die Geschichte soll uns Lehrerin sein und auch eine Partei muß lernen aus ihrer Geschichte. Wenn wir heute hier versammelt sind, so führen wir alle, daß das in einer Zeit geschah, welche zwei große Geschichtsepochen trennen. Seit den Tagen der Reformation schreitet unsere kulturelle Entwicklung in einem Reizkreis voran, das es auch den Völkern oft schwer wird, mit der Zeit Schritt zu halten. Es scheint mir, daß in unseren Tagen die Entwicklung eines Staatsrecht angesehen hat, wie es niemals früher beobachtet werden konnte. Der Weltmarkt hat Kräfte und Tendenzen ausgelöst, welche, allmählich herangereift, nunmehr der alten Welt ein neues Antlitz zu geben beanspruchen. Insgesamt viel Altes ist gefallen und fällt weiter. Neues will werden. Wir wissen noch nicht, in welchem Maße es gut sein wird; Einzelheiten sehen wir noch mehr die Wirkungen des Sturmes, den Hurrikan und die Tsunami. Aber Neues muß werden, und wir alle sind bereit, dabei mitzuwirken. In einer solchen Lage müssen wir fragen: Kann, wird das Zentrum sich behaupten und erhalten? Ich antworte ohne Pausen: Das Zentrum muß sich behaupten, weil die in seinem Gedankengeiste begriffenen Kulturrwerte unentbehrlich sind für die Weiterentwicklung des deutschen Vaterlandes. Wenn gelungenes neues Leben aus den Ruinen erscheinen soll, wird die Mitarbeit des Zentrums unerlässlich sein. Wenn unser Volk ein christliches Volk bleiben soll, wenn die Tugenden des Christentums ihm erhalten bleiben sollen, wenn das Völkerleben in christlichem Geiste ernst und tief sich wieder besinnen soll auf den Sinn alles Daseins, dann füllt daran der Zentrumspartei ein gerichtliches Maß von Mitarbeit zu, welche keine andere Partei leisten kann.

Ein Tag, wie wie ihn heute feiern, ist ein Tag der Erinnerung und der Gewissensverkrampfung. Auch von unserer Partei gilt gewiß, das Wort: „Tempora mutantur et nos mutamur in illis.“ Wie sind gewiß nicht unbedingt durchgegangen durch den Strom der Zeit und machen hat sich geändert. Ist es ein Eingehändnis der Schwäche, wenn wir dies offen erklären? Gewiß nicht! Denn weitmehr ist geblieben, als sich geändert hat. Geblieben ist und der Stolz unseres Werts und Strebens, geblieben ist der Geist, der uns lebendig macht, und geblieben der gute, ja heile Wille, im alten Geiste weiter zu schaffen.

Was wir uns erhalten, und worn haben wir uns gewandelt? Das Zentrum ist gegründet worden — niemals dürften wir es vergessen — in erster Linie zur Verteidigung der Freiheit der katholischen Kirche, als unter Führung des gewaltigen deutschen Staatsmannes des Kulturkampfes herausragt, um die katholische Kirche im Sinne einer soliden Staatsidee in enge Bände zu fassen. In jener Zeit ist das Zentrum im Reiter zu konzentriert geworden, um jenen Friedensbogen kaum bestehen zu können, welcher die ganze Christenheit der Kirche in unserem Vaterland bedrohte. Mit Gottes Hilfe haben wir diesen Kampf bestanden und unser Kirche retten können. Aber was am Ende des Kulturkampfes Papst Leo XIII. dem Zentrum zielte, das gilt auch heute noch: „Die Aufgabe der Katholiken, die religiösen Interessen zu schützen, kann keineswegs als eingesetzt angesehen werden, indem in ihr eine bedingte und zeitweise und danach eine unbedingte und dauernde Anzahl mit werden muß. Auf die vollständige Abtötung der Kampfschäfte einzumischen, die richtige Auslegung der neuen Weise zu verteidigen und ihre Ausführung zu überwachen, das ist's fordert jederzeit die Tugend der Katholiken.“

Zwischen den beiden legten die preußischen und deutschen Kulturkampfsexe gekämpft, und zwar durch die neue deutsche Verfassung vom 11. August 1919. Die katholische Kirche hat endlich die volle Freiheit erungen, die welche sie so lange und begeisternd gehörten hat. Mit volter Verteidigung dachten wir auf dieses Ergebnis unserer angelegentlichen Gewissenshaftungen hinzu. Nun aber steht uns die Aufgabe, die richtige Auslegung der neuen Verfassung zu verteidigen und ihre Ausführung zu überwachen. Wer möchte wagen zu glauben, daß aus weiteren kirchenpolitischen Kämpfen ganz erwartet werden! Gewiß könnte unser Vaterland nichts Wohlträgeres geschehen, und was an uns liegt, das werden wir gewiß tun, um den kirchlichen Rechten zu erhalten. Aber so viele Kriechen in unserer Zeit sind gegen uns, daß wir auf der Wacht bleiben müssen, das wir auch weiterhin feststellen müssen im Kontraste des Wohlstands gegen den Unwohlstand, im Kampf für die christliche Weltanschauung und eine christliche Beibehaltung des Staatslebens. Nichts würde uns lieber sein, als wenn eine einheitliche Front aller christlichen Elementen gegen den religiösen und sozialen Unwohlstand zu stande käme. Wenn es gelingt, sie zu rüsten, wird das Zentrum in ihr wieder ein gekröntes Armeeform darstellen, und es würde unser Stolz sein, wenn wir in ihr die wahre und begeisterte Kriegsordnung sein könnten. Die Tore des Zentrums hielten stets offen, deutschen Bürgern evangelischen Be-

kenntnisses, welche mit uns einig waren in der Verteidigung einer christlichen Weltordnung, weit voraus gehanden und liegen auch in Zukunft ihnen offen. Mögen Sie in unsreigen eigenen Weiken mit uns kämpfen wollen oder möglicherweise getrennt mehrere wollen, stets werden wir uns bewußt sein, daß wir perfekt aufeinander angewiesen sind und darum wenigstens vereint schlagen müssen.

Auch darin sind wir uns völlig gleich geblieben von Anfang an bis heute. Dass wir haben die Traditionen katholischer evangelischer Bekennens schützen, und auch heute ist das ja wieder der Fall. Mit besonderer Freude erinnere ich uns, daß ein Mann wie der Wehrkreis Berlin als verantworteter Freund mit der Hoffnung an seiner Seite gefaßt und gejubelt hat und allen Gläubigen ein leuchtendes Beispiel treuer Hinterfüllung war.

Das Zentrum ist gegründet worden als politische und nicht als konfessionelle Partei. Es ist also geworden zu einer allgemeinen Staats- und Reichspartei. An diesem Charakter haben wir bis jetzt festgehalten und werden wir dies beibehalten, nur so mehr, als wir der festen Überzeugung sind, daß nur in dieser Form auch die spirituell katholischen Interessen am besten gewahrt werden können. Ein Haupttreiben unserer Partei war stets das volle Durchdringen der Gleichberednisse des katholischen Volkes auf allen staatlichen Gebieten. Sie ist heute im Prinzip durchgeföhrt. Wenn es gelungen ist, so ist sie nicht zum wenigsten die Ursache, daß wir in unserer Partei selbst das Beispiel einer ethischen Partei gesetzt haben.

Das Zentrum ist sodann geblieben eine wahre Volkspartei, welche alle Kreise des Volkes ohne Ausnahme umfaßt, und für die Anliegen aller Kreise, ohne jeden Unterschied, mit derselben Liebe und Hingabe eintritt. Wir sind heute wie von jeher stolz darauf, daß Bauern und Bürger, Arbeiter und Beamte mit denselben Vertrauen zu uns aufzuladen. Das Prinzip der ausgeglichenen Gerechtigkeit bei entgegengesetzten wirtschaftlichen Interessen, wie es die Zentrumspartei entsendet und in die Partei eingeführt hat, gehört heute zum ersten Standpunkt unseres öffentlichen Lebens und hat sich erwiesen als ebenso wertvoll für die innere Entwicklung der Faktionen, wie wohltuend für das ganze Staatsleben im sozialen Widerstreit der wirtschaftlichen Klämpe.

Das Zentrum ist gegruendet als Verbündete partei, und aus das wird es bleiben müssen, solange es besteht. Wie es im Jahre 1871 ja tatsächlich hat auf dem Boden der damaligen Preußisch-Hessenbildung, sobald diese ordnungsgemäß gestanden waren, so werden wir auch jetzt unseren Standpunkt beibehalten unter denjenigen, welche die heutige Verfassung nach dem Abschluß gewonnen hat, nicht mehr angezapft wissen wollen.

Man hat der Zentrumspartei vorwerfen wollen, daß sie nach den Tagen der Revolution auga rausch den neuen Verfassung angewandt habe. Ich glaube nicht, daß dieser Vorwurf rechtig ist. Wie haben sie in feiner Weise eingebaut in die Revolution. Wie haben sie nicht gewillt und werden sie niemals gewillt. Wie haben, nachdem sie sich durchsetzen konnte, nicht verbaut, was wir früher verloren haben, und wie beiden heute nicht an, was wir früher bewahrt haben. Wie sind nicht weniger als blinde Kritiker des Erfolges. Aber wenn es überhaupt notwendig war, die neuen Verfassungen, nachdem sie gewonnen waren, anzusehen, wenn das unmöglich war, um unser Vaterland zu retten vor dem grausamen Aufkommenstrubel, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war, ist falsch und entstehen zu handeln, dann darf es in neuen Tagen, dann kann es auch nicht entfallen, daß wir vorsichtig und ohne Vorbehalt uns auf den Boden der neuen Verfassung einheit haben. Heute besteht die Verfassung vom 11. August 1919 zu Recht und jeder Verdacht, daß sie irgendwie unzulässig war,

